

Die Schlacht wird nicht am Bözberg geschlagen

Unterbözberg. Über den Endlagerstandort entscheidet das Schweizer Volk, nicht die lokale Bevölkerung allein

FRANZISKA LAUR

Am Mittwoch erhielt die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden rund um den Bözberg Informationen aus erster Hand zum möglichen Endlager für Atommüll. Zu Wort meldeten sich in der Fragerunde vor allem Kritiker.

An der Postautohaltestelle Vierlinden auf dem Bözberg besteht eine herrliche Aussicht bis weit zur Alpenkette. Zehn Minuten dauert der Marsch ins 750-Seelen-Dorf Unterbözberg. Der Weiler liegt eingebettet zwischen Feldern, Wiesen und Wäldern – ein Ort, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen. Doch am Mittwoch stand das Dorf im Brennpunkt des nationalen Interesses. In der Tiefe des Bözbergs sieht die Nagra eine gute Möglichkeit, den radioaktiven Müll der Schweiz zu entsorgen.

In Unterbözberg findet die erste Informationsveranstaltung zum Auftakt des Vernehmlassungsverfahrens statt. «Nein», sagt der Feuerwehrmann, der den Verkehr einweist, «ein Endlager für radioaktive Abfälle im Bözberg stört mich nicht. Irgendwo muss der Abfall ja hin, und Strom brauchen wir alle.»

Viele der rund 200 Anwesenden in der Turnhalle denken allerdings nicht so. «Heute kennt kaum jemand den Bözberg. Dies wird mit einem Endlager ändern, und dann wird niemand mehr hier wohnen wollen», sagt eine Mutter. Es tröstet sie wenig, dass Aktivisten des Vereins Kaib (Kein Atommüll im Bözberg) vor der Türe Flugblätter verteilen und dass die Stimmen im Saal kritisch sind: «Dieses Endlager ist eine Gefährdung und ein Imageschaden im grössten Ausmass», sagt sie.

Der Bund und die Nagra, die für die Suche nach einem Atommüllendlagerstandort verantwortlich ist, geben sich alle Mühe, die Bevölkerung in den Meinungsbildungsprozess einzubeziehen. Sie zeigen keine Berührungsängste und gehen auf Kritiker wie Befürworter des Endlagers zu. Tatsächlich entscheiden können die Betroffenen allerdings kaum. Das Vetorecht der Kantone ist abge-



Finden Gehör. Vertreter des Vereins Kaib rufen in Unterbözberg zum Widerstand gegen das Endlager auf. Foto Keystone

schaft. «Abstimmen kann nur das gesamte Schweizer Volk, und jeder wird Ja sagen zum Standort, wenn er nicht im eigenen Kanton liegt», sagt Peter C. Beyeler, Baudirektor des Kantons Aargau.

PARTIZIPATION. Walter Steinmann vom Bundesamt für Energie (BFE) sagte am Mittwoch, dass der Bundesrat bis Mitte 2011 vier definitive Standortentscheide fällen werde. Danach beginnen in den Regionen die einzelnen Partizipationsprozesse und die Untersuchungen zu den sozioökonomischen Aspekten.

Der Bözberg gilt als einer der Standortfavoriten, und weil der Bund nicht dieselben Fehler machen will wie am Wellenberg, hat er ein breit angelegtes

Partizipationsverfahren für alle Standortregionen entwickelt. 49 Gemeinden gehören beim Bözberg zum betroffenen Gebiet und dürfen mitreden, 45 davon befinden sich im Aargau, vier in Deutschland. «Wir müssen diese Abfälle in der Schweiz entsorgen. Dies schreibt das Verursacherprinzip vor», sagt Beyeler schon fast beschwörend. Jetzt liege der Abfall im Zwischenlager in Würenlingen, und dort sei die Lagerung wesentlich gefährlicher als in einem Endlager.

In der Diskussion wurde am Mittwoch allerdings schnell klar, dass den vielen Skeptikern im Saal die heutigen technischen Kenntnisse nicht reichen, um den Atommüll gefahrlos für Hunderttausende Jahre den Tiefen des Böz-

bergs anzuvertrauen. Auch kritisierten viele, dass mit neuen AKW stetig mehr Müll geschaffen wird. Immerhin braucht allein der Abfall aus den heutigen AKW sowie aus Industrie und Forschung rund 100 000 Kubikmeter Platz.

FRAGEN ÜBER FRAGEN. In nur schon 500 Jahren verändere sich die Welt so, dass kein heutiger Mensch sie noch verstehen würde, sagen die Kritiker. «Wie wird das Endlager für eine solche lange Zeitspanne markiert, was geschieht bei einem schweren Erdbeben? Was, wenn das Material ausrinnt und es zurückgeholt werden muss?», wollten sie wissen. Das Gebiet sei erdbebensicher, beruhigen die Fachleute, und es dauere noch

Das weitere Vorgehen

INFOVERANSTALTUNGEN. Vom 1. September bis 30. November werden die Ergebnisse der Etappe 1 des Standortauswahlverfahrens für die Endlager für Atommüll öffentlich aufgelegt. Bevölkerung, Gemeindebehörden, Parteien und Verbände erhalten die Gelegenheit, sich zu Verfahren und Ergebnissen zu äussern. Das Bundesamt für Energie organisiert dazu Informationsveranstaltungen in den betroffenen Regionen – der Anlass auf dem Bözberg (siehe Text links) ist Teil davon. Dort wird über die wichtigsten Inhalte und das weitere Vorgehen informiert. Es folgen am 6. September die Region Jura-Südfuss (Mehrzweckhalle Niedergösgen); am 8. September das Zürcher Weinland (Mehrzweckhalle Trüllikon); am 9. September Nördlich Lägeren (Mehrzweckhalle Glattfelden); am 15. September Südranden (Mehrzweckhalle Neunkirch); am 20. September der Wellenberg (Schulzentrum Turmatt Stans). Auch gibt es zwei Veranstaltungen im grenznahen Deutschland.

> www.bfe.admin.ch/energie

Jahrzehnte, bis ein Endlager allenfalls erstellt werden könne. Bis dahin könnten heutige technische Unsicherheiten gelöst werden. Rückholbar werde der Müll noch 50 bis 100 Jahre nach dem Verschliessen sein.

Tatsächlich antworteten die Fachleute ausführlich und klar auf die Fragen. «Doch ich vermisse die Kritiker in dieser Runde und die Unabhängigkeit der Experten», sagte ein Votant. Auch in der für die Koordination der Partizipation zuständigen Plattform Bözberg seien nur Ja-Sager vertreten. Peter Plüss, Gemeindeammann von Unterbözberg und Mitglied der Plattform Bözberg, winkte ab: Kritiker würden ab kommendem Jahr in den Ausschuss aufgenommen.